

Die Europäische Union und die NATO

Hans-Georg Ehrhart

Es klingt widersprüchlich: Einerseits sind Europäische Union und NATO in einer Krise, andererseits intensivieren sich die Beziehungen beider Organisationen. Die EU ringt mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens, der Flüchtlingskrise, populistischen Strömungen, Terrorismusgefahr und dem Ukraine Konflikt. Die NATO und mehr noch die transatlantischen Beziehungen durchleben seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump, dessen Neigung zur Relativierung der Bedeutung des Bündnisses und multilateraler Strukturen wie der G7 eine veritable Vertrauenskrise, die wiederum zum Ruf nach mehr Europa führte.

Große Ambitionen und kleine Schritte auf der inter-institutionellen Ebene

Offiziell ist seit Jahren davon die Rede, dass beide Organisationen angesichts gemeinsamer Werte und Interessen eine strategische Partnerschaft pflegen. Den Rahmen bilden die Gemeinsame Erklärung von NATO und EU zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vom 16. Dezember 2002 und das „Berlin-Plus-Abkommen“ vom 17. März 2003. Die Umsetzung dieses Anspruchs ist jedoch schwierig. Sowohl das neue strategische Konzept der NATO von 2010, als auch spätere Erklärungen der Staats- und Regierungschefs der EU betonen zwar die Komplementarität der GSVP mit der NATO unter Achtung der jeweiligen Entscheidungsautonomie und Verfahren weiter(zu)entwickeln.¹ Die Umsetzung dieses Vorhabens und die Verbesserung der erforderlichen Mittel und der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Investitionsniveaus bleiben allerdings eine Herausforderung, auch wenn der Trend sinkender europäischer Rüstungsausgaben mittlerweile gestoppt und umgekehrt worden ist.

Auf der politisch-strategischen Ebene war der NATO-Gipfel am 11. und 12. Juli 2018 mit großen Befürchtungen wegen der erratischen Politik des amerikanischen Präsidenten bereits im Vorfeld belastet. Trump geißelte insbesondere Deutschland, aber auch die anderen Allianzmitglieder wegen angeblich zu geringer Militärausgaben, schlug statt der vereinbarten, bis 2024 anzustrebenden Zielmarke von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gleich vier Prozent vor und verband rüstungs- mit energiepolitischen Fragen. Neben dem von Trump veranstalteten Theaterdonner einigten sich der Präsident des Europäischen Rats, der Präsident der Europäischen Kommission und der Generalsekretär der NATO geräuschlos auf eine neue Gemeinsame Erklärung, in der das bereits auf dem Gipfeltreffen von Warschau 2016 formulierte Ziel „to strengthen EU-NATO cooperation“ bekräftigt wurde.² Die Deklaration beschwört eine faire Lastenteilung der NATO-Alliierten gemäß der Beschlusslage von Warschau über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und

1 Vgl. Council of the European Union: EU-NATO cooperation: Council welcomes progress in the implementation of the common 74 actions, Press Release 327/18, 8. Juni 2018.

2 Joint Declaration on EU-NATO Cooperation by the President of the European Council Donald Tusk, the President of the European Commission Jean-Claude Juncker, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization Jens Stoltenberg, Press Release 447/18, 10. Juli 2018.

begrüßt die politische Einigung der EU-Mitgliedstaaten, „to give higher priority to security and defence in the forthcoming discussions on the next long-term EU budget.“³

Zugleich intensivierten sich die Zusammenarbeit von EU und NATO auf Arbeitsebene. Die Gemeinsame Erklärung beider Organisationen, verabschiedet auf dem NATO-Gipfel in Warschau am 8. Juli 2016, soll der Strategischen Partnerschaft neue Dynamik verleihen.⁴ Dazu sollte die Umsetzung von anfangs 42 Projektvorschlägen beitragen. Bis zum dritten Zwischenbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Vorschläge stieg deren Anzahl auf 74 Projekte. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach angesichts dieser Entwicklung von „an unprecedented level of cooperation.“⁵ Generell bekräftigen die Mitgliedstaaten in dem Bericht die gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen und die Notwendigkeit „for further strengthening cooperation“, die von größter Bedeutung bliebe.⁶

Alleine 20 gemeinsame Projekte fallen in den Bereich hybride Bedrohungen. Sie reichen von einem Szenario-basierten Workshop über „Harbour Protection Under Hybrid Threat Conditions“ über den Austausch zu strategischer Kommunikation in Ost- und Südeuropa sowie auf dem Balkan bis hin zu gemeinsamen Bedrohungsanalysen etwa für die östliche und südliche Nachbarschaft. Im Bereich operative Zusammenarbeit, einschließlich maritimer Angelegenheiten, geht es um Verbesserungen des Informationsaustausches und der logistischen Unterstützung sowie die Revision des Konzepts maritimer Sicherheitsoperationen. Im Bereich Cybersicherheit und Cyberverteidigung steht der Austausch auf Stabsebene über Konzepte und Doktrinen, Training und Ausbildung, Bedrohungsindikatoren und Alarmverfahren auf der Agenda. Die Entwicklung der Verteidigungskapazitäten soll besser koordiniert werden, etwa durch Treffen von Allianz-Mitgliedern mit EU-Stäben oder durch vierteljährliche Expertentreffen von EU und NATO. Diese zielen auf die Vermeidung unnötiger Duplizierungen durch die bessere Koordinierung multilateraler Projekte und Programme ab. Beispiele sind Fähigkeiten zur Luftbetankung, maritime Aufklärung, Bekämpfung von improvisierten Sprengsätzen (IED) oder die Entwicklung von Drohnen. Die NATO trägt auch zur Umsetzung des EU-Aktionsplans für mehr militärische Mobilität bei, der im März 2018 verabschiedet wurde. Im Bereich Verteidigungsindustrie und Forschung wurde ein regelmäßiger Dialog installiert, der sich etwa mit Praktiken von Unternehmen im Bereich Cyber befasst. Neue parallele und koordinierte Übungen und Manöver wurden ebenso vereinbart wie die Teilnahme an Planungstreffen und Workshops. Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit ist der Aufbau von Kapazitäten. So koordinieren NATO und EU beispielsweise ihre Briefings von Partnern. Die NATO leitet im Rahmen eines Programms der EU-Delegation in der Ukraine die Koordinierung einer Gebergruppe für Sicherheit und Verteidigung. Schließlich vereinbarten beide Organisationen den politischen Dialog zu intensivieren, etwa durch mehr beiderseitige Briefings zu Themen von gemeinsamem Interesse, insbesondere im Hinblick auf laufende Operationen und Aktivitäten in Krisengebieten. Vertreter von NATO und EU wurden zu

3 Joint Declaration on EU-NATO Cooperation: Press Release, 10. Juli 2018.

4 Joint Declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organisation, Press Release 419/16, 8. Juli 2016, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/media/21481/nato-eu-declaration-8-july-en-final.pdf> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

5 Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of the North Atlantic Council in Defence Minister's session, 8. Juni 2018, abrufbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_155268.htm (letzter Zugriff: 12.7.2018).

6 Third progress report on the implementation of the common set of proposals by NATO and EU Councils on 5 December 2017, 31. Mai 2018.

den Sitzungen der NATO-Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren und des Aufsichtsrates der Europäischen Rüstungsagentur eingeladen. Zudem wurde ein Dialog auf Stabsebene zum Thema Terrorismusbekämpfung eingerichtet, in dem unter anderem die Zusammenarbeit im Rahmen der Globalen Koalition gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) und der Kapazitätsaufbau von Partnern besprochen wird.⁷

Operationen

Die Zusammenarbeit der EU mit der NATO im Bereich des Krisenmanagement erfolgt auch auf operativer Ebene. Das Berlin-Plus-Abkommen bildet eine Grundlage dafür, indem es die Möglichkeit der Nutzung von NATO-Stäben und -Einrichtungen für die Operationsführung bietet.⁸ EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina ist die einzige GSVP-Operation, die in diesem Kontext durchgeführt wird. Ihre drei Aufgaben lauten: Wahrung eines sicheren Umfeldes, Ausbildung der Streitkräfte und Unterstützung bei der Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens. Die Truppenstärke wurde von ursprünglich 7.000 auf gegenwärtig 600 Streitkräfte reduziert.⁹ Die NATO ist in Sarajewo mit einem Hauptquartier präsent und kümmert sich hauptsächlich um die Reform des Verteidigungssektors. EUFOR und NATO arbeiten bei der Ausbildung bosnischer Streitkräfte zusammen.¹⁰

Im Kosovo operiert seit 20 Jahren die NATO-Streitkraft KFOR mit dem Auftrag, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, den Aufbau kosovarischer Sicherheitskräfte und die internationale zivile Präsenz zu unterstützen. Parallel engagiert sich die EU mit der zivilen EULEX-Mission, welche mit 500 Spezialisten zum Aufbau der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo durch Beratung, Überwachung und Unterstützung beitragen soll. Die Stärke von KFOR ist von ursprünglich 50.000 auf 4.000 abgesenkt worden. Diese Abschreckungspräsenz soll auf eine Minimalpräsenz reduziert werden, die sich auf Aufklärung und Beratung konzentrieren wird. KFOR ist seit einigen Jahren zum sogenannten „third responder“ in Sicherheitsfragen geworden. Zunächst soll die Kosovo Police Force als „first responder“ eingreifen, dann die EULEX-Polizeikräfte („second responder“).¹¹

Auch in der Ukraine operieren europäische Einsatzkräfte und NATO in parallelen Missionen. Die Union ist mit der zivilen EU Advisory Mission (EUAM) vor Ort, die NATO mit verschiedenen Programmen aktiv. Während sich die EUAM mit 300 nationalen und internationalen MitarbeiterInnen für die Reform des zivilen Sicherheitssektors einsetzt, fokussiert sich die NATO auf die Reform des militärischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Dabei geht es um Kapazitätsaufbau und zivile Kontrolle des Militärs. Darüber hinaus engagiert sich die NATO in Bereichen wie der technischen Zusammenarbeit, Kooperation zwischen den Militärs oder der Zerstörung alter Waffenbestände.

Die maritime Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bereich des operativen Agierens von EU und NATO. Lag ein Schwerpunkt bis 2016 auf der Kooperation im Rahmen der Piratenbekämpfung im Indischen Ozean, so rückten seit 2015 die Bekämpfung von Schleusern

7 Vgl. Third progress report, 31. Mai 2018.

8 Die beiden anderen Optionen sind die Nutzung nationaler Hauptquartiere oder die Aktivierung des EU-Ad-hoc-Hauptquartiers.

9 European Union External Action Service: About EUFOR, abrufbar unter: <http://www.euforbih.org/eufor/index.php/about-eufor/background> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

10 NATO Headquarters Sarajevo, abrufbar unter: <https://jfcnaples.nato.int/hqsarajevo/page98353444/eufor-and-nato-cooperation> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

11 Vgl. Sebastian Breuer/Andreas Wittkowsky: ZIF kompakt: Kosovo Force (KFOR): Weiterhin erfolgreich, weiterhin nötig, abrufbar unter: http://mobil.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/ZIF_kompakt_2018/ZIF_kompakt_KFOR_Mai_2018.pdf (letzter Zugriff: 12.7.2018).

und Terrorismus im Mittelmeer in den Vordergrund. So arbeitet die NATO-Operation Sea Guardian mit der EU-geführten Operation Sophia im westlichen Mittelmeer zusammen. Der Aufgabenschwerpunkt der NATO-Operation liegt bei Aufklärung, Terrorismusbekämpfung und Kapazitätsaufbau, während sich die EU-Operation auf das Abwehren von Schleusern und den Aufbau von Kapazitäten der libyschen Küstenwache konzentriert. Im östlichen Mittelmeer koordinieren die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) mit der Joint Operation Poseidon und die NATO ihre Aktivitäten. Instrumente der Zusammenarbeit im Mittelmeer sind informelle Absprachen, ad-hoc-Zusammenarbeit, die Nutzung von Maritimen Operationszentren und Treffen im Rahmen des Shared Awareness and De-Confliction Centre im Mittelmeer (SHADE MED).¹²

Auch im Irak führen beide Organisationen parallele Missionen im Sicherheitsbereich durch. So unterstützt die EU die Reform der irakischen Justiz und lokalen Polizei mit Trainingsmaßnahmen. Zudem startete sie im Herbst 2017 eine zivile GSVF-Mission, welche die irakischen Behörden bei der Umsetzung der Reform des zivilen Sicherheitssektors unterstützen soll. Die NATO wiederum, die ihre Trainingsmission im Irak 2011 beendet hatte, engagiert sich seit 2016 im Bereich der Reform des militärischen Sicherheitssektors. Seitdem operieren mobile Teams im Lande. Im Februar 2018 beschlossen die Verteidigungsminister des Bündnisses auf Bitten der irakischen Regierung und der globalen Anti-IS-Koalition, die Planung einer Ausbildungsmission zu starten. Während die NATO die Anti-IS-Koalition militärisch durch AWACS-Flugzeuge unterstützt, trägt die EU als ziviler Partner mit nicht-militärischen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung bei.¹³

Probleme und Perspektiven

Die sich verschlechternden transatlantischen Beziehungen haben zu der Befürchtung geführt, dass Präsident Trump die regelbasierte internationale Ordnung und die Allianz zerstören könne.¹⁴ Vor diesem Hintergrund mehren sich Stimmen von Politikern, die fordern, die Europäer sollten ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Was dabei aus der NATO und ihrem Verhältnis zur EU werden soll, lassen sie allerdings offen. Unübersehbar ist, dass sich die EU-Mitglieder um Fortschritte auf dem Felde der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit bemühen. Wichtige Stationen waren die Formulierung der Globalen Strategie 2015, die Verabschiedung einer Road Map für die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten 2016, die Forderung des Europäischen Parlaments von 2016, eine Europäische Verteidigungsunion aufzubauen, die Verabschiedung eines European Defence Action Plan durch die Europäische Kommission im selben Jahr, der Beschluss zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds 2017, die Verabschiedung eines Reflexionspapiers über die Zukunft der Europäischen Verteidigung durch die Europäische Kommission, der Beschluss zur Einrichtung eines ständigen militärischen Hauptquartiers für nicht-exekutive Militäroperationen, der Beginn der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) mit zunächst 17 Projekten, einem nationalen Implementierungsplan und einer jährlichen sowie einer strategischen Überprüfung 2021 und 2025.¹⁵

Der Generalsekretär der NATO mahnt wiederum größere Rüstungsanstrengungen seitens der Europäer an. Das Bündnis hat durch den von Russland geschürten Krieg in der

12 NATO Parliamentary Assembly: NATO EU Cooperation After Warsaw, Report, 7. Oktober 2017, S. 2–3.

13 Globalcoalition: The EU – Countering DAESH, 3. März 2017, abrufbar unter: <http://theglobalcoalition.org/en/the-eu-countering-daesh/> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

14 Kori Schake: Is it the end of America's world order?, in: New York Times, 18. August 2018.

15 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Ukraine eine neue Sinnggebung erhalten und legt sich entsprechend zwei neue Hauptquartiere zu: Eines in den USA, um kanadische und amerikanische Truppen einfacher nach Europa zu transportieren, und eines in Deutschland (Ulm), um die entsprechende Logistik zu gewährleisten. Die Bereitschaft der Truppen und ihre Bewegungsfähigkeit, also insgesamt die Reaktionsfähigkeit für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffs von Russland, sollen verbessert werden. Nach der Verdreifachung der NATO-Response Force (NRF) soll auch die Reform der Kommandostruktur zu einer glaubwürdigeren Abschreckung beitragen.¹⁶ Russland ist zwar zu raumgreifenden Operationen nicht in der Lage, aber, so die Befürchtung, zu hybrider Kriegführung in seiner direkten Nachbarschaft. Deutschland wird im kommenden Jahr die Führung der Speerspitze der NRF übernehmen, hat aber mangels funktionsfähigen Materials Probleme, die Einsatzbereitschaft herzustellen.¹⁷

Ein Grund für die transatlantischen Verstimmungen sind die laut Trump unzureichenden europäischen Verteidigungsausgaben. Diese stiegen zwar jüngst wieder an, aber nach Meinung Trumps nicht stark genug. Allerdings erhöhten die europäischen NATO-Staaten und Kanada ihre Militärausgaben 2017 um circa 5 Prozent. Erreichten bislang drei europäische Staaten das bis 2024 zu erfüllende Zweiprozentziel (Estland, Griechenland, Großbritannien), so peilen Polen und Rumänien an, diese politisch verpflichtende Zielmarke 2018 zu erreichen. Deutschland strebt bis 2024 1,5 Prozent an mit weiter steigender Tendenz, Frankreich will bis dahin das vereinbarte Ziel erreichen.¹⁸ Über Sinn und Unsinn solcher symbolischer Ziele wie das Zweiprozentkriterium ist viel gestritten worden. Eigentlich sollte es eher um konkrete Fähigkeiten als um nominelle Budgetprozentpunkte gehen und um die Frage nach dem konkreten Zweck dieser Fähigkeiten, also ob es künftig um Landes- und Bündnisverteidigung (was unter anderem Berlin bevorzugt¹⁹) oder um den Aufbau von Interventionskräften (was Paris und London bevorzugen und bereits umsetzen²⁰) oder um beides gehen soll (was kein Finanzminister bevorzugt).

Der NATO-Gipfel im Juli 2018 belegte einmal mehr, dass Trump den Druck auf die Verbündeten aufrechterhalten wird. Die neue Gemeinsame Deklaration von EU und NATO bekräftigt zwar das Ziel engerer Zusammenarbeit und verstärkter Rüstungsanstrengungen, aber vieles bleibt vorerst Rhetorik. Auf der Mikroebene der institutionellen Beziehungen und auf operativer Ebene sind zweifellos Fortschritte zu verzeichnen, auf der politisch-strategischen Ebene kriselt es aber um so heftiger. So hat Donald Trump das Vertrauen in die amerikanische Schutzgarantie, also in die Existenzgrundlage der Allianz, bereits erschüttert. Manche nehmen sogar an, dass er auf den Zerfall der EU abziele, weil er lieber bilateral vorgeht, um dadurch besser amerikanische Interessen durchsetzen zu können.²¹

16 Spiegel Online: Nato dementiert Meldung über neue Eingreiftruppe, 2. Juni 2018.

17 Thorsten Jungholt: Internes Papier belegt Überforderung der Bundeswehr, in: Die Welt, 15. Februar 2018.

18 Spiegel Online: NATO-Länder erhöhen ihre Verteidigungsmaßnahmen nur langsam, 15. März 2018.

19 Rainer Glatz/Martin Zapfe: Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der NATO, SWP-Aktuell 62, August 2017.

20 Beide Staaten haben sich im Lancaster-Abkommen dazu verpflichtet, eine gemeinsame Interventionstruppe aufzustellen. Diese soll 2020 einsetzbar sein. Zudem unterstützt Großbritannien (und sieben weitere Staaten, darunter Deutschland) die französische Interventionsinitiative, welche einen Rahmen für entsprechend ambitionierte Länder bilden soll, die operative Planung, Koordinierung und Stationierung von Einsatzkräften zu verbessern. Vgl. GOV.UK: UK and France commit to new defence cooperation, 18. Januar 2018, abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/news/uk-and-france-commit-to-new-defence-cooperation> (letzter Zugriff: 29.10.2018), vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in diesem Jahrbuch.

21 Roger Cohen: The Finlandization of the United States, in: New York Times, 11. Juli 2018.

Vor diesem Hintergrund stellen sich sieben noch unbeantwortete Fragen. Erstens: Wofür sind beide Organisationen eigentlich da? Zweitens: Warum braucht Europa zwei Sicherheitsinstitutionen? Drittens: Ist eine klare Arbeitsteilung sinnvoll oder eine Neujustierung der Verantwortlichkeiten? Viertens: Was bedeutet es konkret, die strategische Autonomie der EU zu stärken? Fünftens: Wie kann diese Autonomie mit einer eventuell verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO umgesetzt werden? Sechstens: Braucht es keine NATO mehr, wenn die EU das Ziel strategischer Autonomie einmal erreicht hat oder, falls Letztere dieses Ziel nicht erreicht, wozu benötigen die Europäer eine GSVP? Siebtens: Welchen Stellenwert haben beide Organisationen im Kontext gesamteuropäischer Sicherheit?

Natürlich bietet sich das Argument an, dass eine strategische Autonomie der EU angesichts der kooperations- und integrationspolitischen Probleme bestenfalls ein langfristiges Ziel ist. Die Integrationsbereitschaft der Staaten ist unterschiedlich, ihre Bereitschaft zur Solidarität gering, wie bereits die Flüchtlingsfrage zeigt. Verteidigungspolitik ist zumindest für größere Staaten noch immer Kernstück nationaler Souveränität. Es gibt weder Konsens über die konkreten strategischen Interessen noch über die Frage, mit welchen Mitteln sie gewahrt werden sollen. Offenbar differieren die strategischen Kulturen noch stark. Es existieren unterschiedliche Bedrohungs- und Bedarfsanalysen. In den Bevölkerungen gibt es keinen großen Enthusiasmus für eine starke Erhöhung der Verteidigungsmaßnahmen, die auf Kosten anderer staatlicher Leistungen gehen würde. Trotz all dieser Schwierigkeiten hat es in jüngster Vergangenheit eine gewisse sicherheits- und verteidigungspolitische Dynamik in EU und NATO gegeben. Doch wo führt diese hin?

Theoretisch bieten sich fünf Szenarien²² an: Das erste führt zu einer anarchischen Welt ohne die beiden Organisationen. Es dominieren nackter Nationalegoismus und das Recht des Stärkeren, mit entsprechend negativen Aussichten für die Wahrung des internationalen Friedens. Im zweiten Szenario übernimmt die NATO alle verteidigungspolitischen Funktionen, die EU verzichtet auf die GSVP und bleibt verteidigungspolitisch von den USA abhängig. Im dritten wird die GSVP weiterverfolgt, ohne eine strategische Autonomie zu erreichen. Es ähnelt dem Status quo mit geringen Veränderungen. Im vierten Szenario erreicht sie das Ziel und wird von den USA unabhängig. Die NATO fungiert noch als transatlantischer Rahmen, möglicherweise hört sie auf zu existieren. Im letzten Szenario ersetzt eine gesamteuropäische kollektive Sicherheitsordnung NATO und GSVP beziehungsweise eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, wobei sich die Frage stellt, ob mit oder ohne den USA. Während Szenario 1 und 5 am unwahrscheinlichsten sind, erscheint das dritte gegenwärtig am wahrscheinlichsten. Welchen Weg beide Organisationen nehmen, werden die Antworten auf die aufgeworfenen sieben Fragen weisen.

Weiterführende Literatur

Jolyon Howorth: EU-NATO cooperation: the key to Europe's security future, in: *European Security*, 3/2017, S. 454–459.

Joachim A. Koops: Theorising inter-organisational relations: the „EU-NATO relationship“ as a catalytic case study, in: *European Security*, 3/2017, S. 315–339.

22 Es ist offenbar an der Zeit, die Diskussion um die europäische Sicherheitsordnung wiederaufzunehmen. Manche kluge Gedanken finden sich bereits in früheren Debatten, etwa im Übergang zur Entspannungspolitik der 1970er Jahre (Vgl. dazu Hans-Georg Ehrhart: Modelle europäischer Sicherheit. Eine Dokumentation, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 45/1990) oder nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 1990er Jahre. Vgl. dazu Hans-Georg Ehrhart/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz/Erwin Müller: Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 82/1994.